

Tagungsbericht zur 13. Geschichtsmesse „Neue Heimat, alte Grenzen? Gesellschaft und Transformation in Deutschland seit 1990“

Juliane Hoheisel und Lydia Thieme

Vom 23. bis 25. Januar 2020 lud die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unter dem Titel „Neue Heimat, alte Grenzen? Gesellschaft und Transformation in Deutschland seit 1990“ zur 13. Geschichtsmesse nach Suhl ein. Anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Einheit stand die Betrachtung des gesellschaftlichen Wandels seit 1990 im Vordergrund. Wo stehen wir, im 30. Jahr der deutschen Einheit? Welche Folgen hatte die Transformation in Ostdeutschland? Wie weit ist die deutsche Vereinigung fortgeschritten, wo stößt sie an alte und neue Grenzen? Sind die Grenzen und Mauern in unseren Köpfen tatsächlich verschwunden oder haben sie sich neu gebildet? Auf der Tagung wurden unterschiedliche Wahrnehmungen und Erfahrungswelten beleuchtet. Zugleich wurde über einen gesamtdeutschen Verständigungsprozess nachgedacht und nach den aktuellen Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Bildungswesen gefragt. Dabei bezogen sich die Diskutanten auch immer wieder auf die Gegenwart und die zunehmende politische Polarisierung.

Die Audiomitschnitte der Vorträge und Podiumsdiskussionen können in der Mediathek der Bundesstiftung Aufarbeitung nachgehört werden: [Audiomitschnitte der Geschichtsmesse 2020](#).

Begrüßung

Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, begrüßte die Teilnehmer der Geschichtsmesse, indem sie an die hoffnungsvollen Blicke in die Zukunft Anfang der 90er-Jahre durch den Aufschwung der liberalen Demokratien erinnerte. Rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung sei die Wahrnehmung der Menschen hingegen äußerst gespalten. Die deutsche Einheit werde dabei zur Defiziterzählung auf der einen und zur Verlustgeschichte auf der anderen Seite. Einerseits herrsche ein starker Mangel an Verständnis für die Anpassungsleistung der Ostdeutschen in den 1990er-Jahren vor, andererseits werde im Osten die Transformationszeit oft als starke „Kolonialisierungserfahrung“ durch den Westen wahrgenommen. Auf beiden Seiten werde jeweils das zu wenig gesehen, was von Ost und West geleistet wurde. Geschichte dürfe aber „nicht als eine Stunde Null – als ein davor und danach verstanden werden“, mahnte Kaminsky, sondern vielmehr gehe es um eine epochenübergreifende Betrachtung der 1980er und 1990er-Jahre. Als Kaleidoskop und Seismograf der Entwicklung der Gesellschaft biete die Geschichtsmesse den Ort, um zu Debatten anzuregen und den gesamtdeutschen Verständigungsprozess in den Blick zu nehmen.

Der Oberbürgermeister der Stadt Suhl André Knapp griff in seinem Grußwort diesen Gedanken auf. „Geschichte ist vor Ort immer konkret“, sagte er mit Verweis auf die rund 8.000 Industriearbeitsplätze, die im Zuge der Transformation in Suhl verloren gingen. Einfachen politischen Erklärungen trat er in seinem Grußwort entgegen und unterstrich, dass es zu kurz greife, allein die Treuhand für den Wandel verantwortlich zu machen. „Transformation hat uns schon immer begleitet.“ Es sei müßig, auf die Entstehung einer großen Industriestruktur mit Kombinat zu hoffen. Benötigt werde mehr Vertrauen in die Kompetenz der Politik vor Ort und eine Stärkung der Mittelstädte.

Gegen einfache Erklärungsmuster und die Spaltung der Gesellschaft müsse angegangen werden, betonte auch der Bundestagsabgeordnete Gerald Ullrich in seinem Grußwort, andernfalls liefen wir Gefahr, „die Geschichte der DDR zu einer kurzen geschichtlichen Phase zu erklären“.

Anschließend führte Dr. Sabine Kuder von der Bundesstiftung Aufarbeitung durch das Tagungsprogramm. Leitend für die kommenden Podien und Vorträge sah sie die Frage, wem heute welches Wissen über die Gegenwart und Vergangenheit zur Verfügung stehe und wie es dazu dienen kann, Verständigung jenseits von Opfermythen zu ermöglichen.

Einführungsvortrag und Gespräch: Revolution und Transformation

Prof. Dr. Ralph Jessen, Historiker an der Universität zu Köln und zugleich stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, eröffnete die 13. Geschichtsmesse mit einem Vortrag, der vielschichtige Reflexionen zum komplexen Themenfeld Revolution und Transformation in Deutschland aufzeigte. Er setzte die damaligen Ereignisse mit den Erfahrungen der Bevölkerung in Verbindung und bezog konkurrierende Deutungen mit ein.

Zunächst stellte Jessen die Revolution in der DDR und die Vereinigung mit der Bundesrepublik als einen deutschen Sonderweg dar. Anders als in anderen Ostblockstaaten habe es in Deutschland eine Gleichzeitigkeit von Revolution, Transformation und staatlicher Vereinigung gegeben. Durch die Adaption des bundesdeutschen Modells sei allerdings eine starke Machtasymmetrie entstanden. Die Hoffnungen der meisten DDR-Bürger richteten sich auf ein klares Ziel: Die Bundesrepublik. Dass sich auch die Bundesrepublik im Umbruch befand, sei nur selten reflektiert worden.

Um die Erfahrungen und Erwartungen der DDR-Bürgerinnen und Bürger besser einordnen zu können, übertrug Jessen die von Rainer Koselleck geprägten Begriffe „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ auf die Konstellation von 1989/90. Der „Erfahrungsraum“ sei vor allem durch zwei Gemeinsamkeiten in den Erinnerungen von Ostdeutschen geprägt: Durch das Leben in der Diktatur und dadurch, dass es sich um spezifisch ostdeutsche Erfahrungen handle. Vor 1989/90 seien die Unterschiede zwischen DDR-Bürgern oft stärker spürbar gewesen. Später einte sie die ostdeutsche Erfahrungswelt. Jessen fasste dieses Gefühl unter dem Begriff der „Differenzerfahrung“ zusammen, das Ostdeutsche einte, als Westdeutsche hinzukamen. Die DDR-Bürger hätten zu dieser Zeit gehofft, Zugang zu fundamentalen staatsbürgerlichen Rechten zu erhalten und der wirtschaftlichen Misere zu entkommen. Außerdem hätten sie – und das sei lange zu wenig reflektiert worden – Anerkennung erwartet. Jessen bezog die Erwartung auf Anerkennung auf zwei Dimensionen: Die Anerkennung als Deutsche und die Anerkennung des gelebten Lebens, der anderen Lebensbedingungen und der erbrachten Leistungen in der DDR. Die Spannung zwischen diesen beiden Formen der Anerkennung – „zwischen der Anerkennung von Einheit als Deutsche und der Nichtanerkennung von Differenz als DDR-Bürger“ führte – so die Hauptthese Jessens – zu den bald ausgemachten „Mauern in den Köpfen“, die das Trennende zwischen Ost und West beschworen.

Weiterführend beschrieb Jessen die Zeit der Transformation als großen Transfer und äußerte Zweifel am Begriff der „Vereinigungsgesellschaft“, da dieser Asymmetrien übergehe. Passender sei es, von der „ostdeutschen Transfergesellschaft“ der 90er-Jahre zu sprechen. Dieser Transfer ließe sich in ganz verschiedenen Gebieten ausmachen: Bei Institutionen (bspw. im Rechtssystem, bei sozialstaatlichen Institutionen, bei Vereinen und Parteien), beim Geld (Solidarpakte, Transferzahlungen) und beim Personal (radikaler Elitenaustausch, West nach Ost).

Jessen betonte, dass die Transformationszeit in den Erfahrungen zahlreicher Menschen eine „Revolution nach der Revolution“ gewesen sei, in der die Härten der Umbrüche spürbar gewesen seien. Die Transformationszeit in den 1990er-Jahren beschreibt Jessen daher auch als „große Verunsicherung“.

Gegen Ende seines Vortrags widmete sich Jessen dem Gebiet der Erinnerung und Geschichtspolitik. Für den deutschen Fall habe nur eine begrenzte Mythenbildung stattgefunden. Sich auf Martin Sabrow

berufend, führt Jessen die Begriffe der Wendeerinnerung, der Anchlussenerinnerung und der Revolutionserinnerung an. Diese ergänzte er um einen vierten Erinnerungsstrang: die „populistische Volkserinnerung“. Jessen stellte die These zur Diskussion, dass sich im Transformationsprozess zwei typische Handlungsalternativen von Menschen, die mit ihrem Staat unzufrieden seien, aufzeigen ließen: Der Transformationsprozess habe einerseits „Exit“-Prozesse (einen Ort verlassen) und andererseits „Voice“- Prozesse (Protest) ausgelöst. „Exit“ bezog Jessen auf die große Auswanderungswelle nach dem Mauerfall. „Voice“ lässt sich laut Jessen mit der Entstehung einer „populistischen Volkserinnerung“ und einer verstärkt auftretenden Semantik des Begriffes „Volk“ verbinden. Diese habe es auch schon vor Pegida und AfD gegeben. Jessen führt drei Faktoren für ihre Entstehung an: Erstens müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die Herbstbewegung von 1989 heterogen war und nicht nur Freiheit forderte, sondern in Teilen auch mit Ausgrenzung und autoritärem Denken verbunden gewesen sei. Zweitens habe die „Vereinigungskrise“ die Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen erhöht. Drittens begünstigte laut Jessen die massenmediale Berichterstattung in der nachrevolutionären Phase die Entstehung einer „populistischen Volkserinnerung“. Denn hier sei das Stereotyp des „Ossis“ entstanden.

Jessen beendete seinen Vortrag mit einem Bezug zur Gegenwart und fragte, ob die besonders in den neuen Ländern auftauchende Schwierigkeit, Einwanderer (und deren Anderssein) anzuerkennen, auch damit zusammenhängen könnte, dass das eigene Anderssein als DDR-Bürger – die Differenzerfahrung – kaum anerkannt worden sei.

Im Anschluss an den Vortrag fand ein kurzes Gespräch zwischen Prof. Dr. Ralph Jessen und Dr. Ulrich Mählert (Bundesstiftung Aufarbeitung) statt. Es wurde unter anderem darüber gesprochen, inwieweit Bewertungen wie „der Osten ist ein Problem“ mit verselbstständigten Stereotypisierungen zu tun hätten und welche Rolle Medien in diesem Prozess spielten. Jessen unterstrich noch einmal, dass die 90er-Jahre von Spannungen zwischen Frustration und Hoffnung geprägt gewesen seien.

Podiumsgespräch: Gelungene Transformation? 30 Jahre deutsche Einheit

Auf dem ersten Podium diskutierten die Schriftstellerin Prof. Ines Geipel, der Historiker Prof. Dr. Ralph Jessen, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung Thomas Krüger und der Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué mit den Moderatoren Helge Eikemann und Marcus Kiesel („die politiksprecher“) zum Thema „Gelungene Transformation? 30 Jahre deutsche Einheit“.

Die Diskussion wurde mit einer Frage zur gesellschaftlichen Spaltung 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eröffnet. Dieses Thema wurde im Laufe des Gesprächs von mehreren Podiumsteilnehmern aufgenommen. So sprach Ines Geipel von einem „neuaufgelegten Spaltungssyndrom“. Wir befänden uns heute in einer „neuen Fremdheit“. Die Spaltung gäbe es aber nicht nur in Richtung Ost/West, auch im Osten selbst sei sie sichtbar. Geipel sah hierin aber auch eine Chance: Durch das Streiten über die gemeinsame Geschichte könne man vielleicht zu einer Neuerzählung finden.

Thomas Krüger betonte mit Bezug auf die politische Bildung, dass unterschiedliche Perspektiven zur Sprache kommen müssten und das Kontroversitätsprinzip essentiell sei. „Einen vorbildlichen liberalen Demokraten kann man nicht backen, sondern der muss wachsen“, so Krüger. Um die ostdeutsche Perspektive zu stärken, eröffne die Bundeszentrale für politische Bildung einen neuen Standort im Osten Deutschlands. Auch Ralph Jessen nahm Bezug auf die pluralistische Gesellschaft und unterstrich, dass unterschiedliche Positionen in der Gesellschaft etwas Positives seien. Er stellte die Gegenüberstellung von Spaltung und Einheit in Frage und warnte vor einer „Einheitssehnsucht“. Differenzen müssten ausgehalten und anerkannt werden. Jessen betonte: „Wir brauchen keinen Einheitsbrei. Sondern wir

brauchen profilierte Meinungen, die auch gegeneinander in Stellung gebracht werden.“ Ein Minimalkonsens sei dennoch wichtig und dürfe nicht schwinden. Nach Jessen liegt solch ein einender Konsens darin, dass ein Großteil der Gesellschaft die politische Ordnung des Grundgesetzes für erstrebenswert hielte.

Karl-Heinz Paqué war der Meinung, dass Deutschland eine Spaltung erlebe, betonte aber, dass dies ein globales Phänomen sei. Er führte an, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland zwar immer noch ein wenig den Charakter einer „verlängerter Werkbank“ habe, dies aber ein normales Phänomen sei. Er konstatierte, dass nicht die Ergebnisse der Einheit enttäuschend seien, sondern die Erwartungen viel zu hoch gewesen wären. Das Gefühl des „Hinterherhinkens“ habe psychologische Auswirkungen und entstehe vor allem im Vergleich mit dem Westen. Paqué regte an, die ostdeutsche Wirtschaft auch einmal mit anderen Gebieten, wie z.B. Böhmen, zu vergleichen und zu akzeptieren, dass die Angleichung Zeit bräuchte.

Geipel führte an, dass ihr bei all der Beschäftigung mit der Transformation die Thematisierung der Doppeldiktatur fehle. Die Gewaltgeschichte, die viele Menschen geprägt habe, würde zu wenig zur Sprache gebracht. Auch Krüger forderte, sich einem breiteren Zeitraum zu widmen und sprach von einer „doppelten Transformation“: Die Transformationsprozesse nach 1989 könnten nicht verstanden werden, wenn man die Transformationsprozesse Ende der 1940er-Jahre nicht kennen würde, so Krüger.

Im Verlauf des Podiumsgesprächs wurde über das Themenfeld der Radikalisierung diskutiert. Geipel konstatierte, dass es im Osten ein stärkeres Radikalisierungspotential gäbe. Paqué erwiderte, dass die AfD auch in Westdeutschland aufgekommen sei und diese von vielen Globalisierungsskeptikern gewählt würde. Krüger führte an, dass die Wählerschaft im Osten insgesamt durch eine größere Volatilität gekennzeichnet sei. Transformationsgesellschaften seien laut Krüger entzündbarer. Es dürfe aber nicht verschwiegen werden, dass die Führungspositionen der AfD durch Westler besetzt seien.

Jessen äußerte sich zu Veränderungen in den Foren der politischen Kommunikation, insbesondere der medial vermittelten Kommunikation. Es existiere heute kein Monopol der Medien mehr, die politische Diskussion habe sich in den digitalen Raum verlagert und so zu einer Vervielfältigung der Kanäle geführt.

Auf die Frage hin, ob es heute zu wenig politische Bildung in der Schule gäbe, führte Geipel an, dass eine kritische DDR-Aufarbeitung noch zu wenig Thema in Schulen sei. Krüger gab zu bedenken, dass seit ein paar Jahren ein langsames Umdenken stattfände und politische Bildung sowie Geschichte wieder stärker in den Stundenplänen verankert würden. Allerdings seien diesbezüglich große Schwankungen in den Bundesländern zu verzeichnen. Sichtbar sei das Umdenken auch in der außerschulischen Bildung, in die viel mehr Ressourcen gesteckt würden. Paqué erkannte eine ähnliche Tendenz in den politischen Stiftungen, die deutliche Zuwächse verzeichnen würden. Nun müsse man sich darauf konzentrieren, Kommunikationsinstrumente zu schaffen, um aus der eigenen Blase hervorzutreten und nicht immer nur die gleichen Menschen zu erreichen.

In einer Bemerkung aus dem Publikum wurde dieser Punkt aufgegriffen und gefragt, wie man aus dieser Blase austreten könnte. Paqué betonte, dass es kein Patentrezept gäbe, brachte aber Social Media ins Spiel. Krüger unterstrich, dass junge Menschen nicht mehr zwischen online und offline unterscheiden und plädierte für die Zusammenarbeit mit Influencern als Multiplikatoren. Jessen konstatierte, dass es fatale Folgen habe, wenn Schulfächer gekürzt würden, in denen junge Menschen das selbstständige Denken erlernten.

Podiumsgespräch: Stadt und Land. Strukturwandel in Ostdeutschland seit 1990 am Beispiel von Suhl

Wie sich der Wandel konkret vor Ort in der Region niedergeschlagen hat, thematisierte das Podiumsgespräch zur Transformationsgeschichte von Suhl. Die ehemalige Bezirkshauptstadt der DDR erfuhr eine besonders dramatische Entwicklung seit 1990. Gezeichnet von starkem demografischen Wandel, Arbeitsplatzschwund und Städterückbau, steht Suhl exemplarisch für viele Klein- und Mittelstädte der Region. Einen Einblick in diese Zeit gab das Podiumsgespräch mit Dr. Ulrike Schulz, Historikerin und Expertin zur Geschichte der Simsonwerke, Brigitta Wurschi, Bürgerrechtlerin der ersten Stunde und Mitglied im Stadtrat von Suhl, Dr. Anke Geier, Mitarbeiterin des Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Prof. Dr. Frank Eckardt, Stadtsoziologe der Bauhaus-Universität Weimar. Moderiert wurde das Podium von der Politikwissenschaftlerin Romy Köhler.

Grundlegend für ein Verständnis für die Auswirkungen der Transformation, so waren sich alle Teilnehmer einig, sei es, die Identifikation von Suhl als Arbeiterstadt zu begreifen. Das Jagd- und Waffengewerbe und die Überformung der Stadt als sozialistische, „ostmoderne“ Stadt, sowie die Verbindung von Lebens-, Arbeits- und Wohnraum seien kennzeichnend hierfür und bedingten eine starke lokale Identität.

Die Zeit seit 1989 beschrieb Brigitta Wurschi als „Umbruch, Aufbruch, Chaos“. Es sei vor allem darum gegangen, mit den Altlasten der Stadt aus dem Bezirksstadt-Status umzugehen und den Restitutionsansprüchen gerecht zu werden. Ergebnis sei eine weitreichende Umorganisation des Stadtbildes gewesen. Der Fokus habe vor allem darauf gelegen, Wohnraum sinnvoll umzunutzen, beispielsweise in der Umwidmung von Kindergärten zu Senioreneinrichtungen. Bis heute sei das Neubaugebiet Suhl Nord mit 6.000 Wohneinheiten fast komplett zurückgebaut worden, während das Gewerbegebiet Friedberg in Richtung Ansiedlung von Klein- und Kleinstgewerbe entwickelt werden konnte. Wurschi unterstrich aber auch, dass die Bewahrung „ostmoderner“ Architektur ebenfalls wichtig sei, da diese ein Teil der Suhler Identität ausmache.

Die Historikerin Ulrike Schulz betonte, dass vor allem in der wirtschaftlichen Transformation der frühen 90er-Jahre auch einige Chancen vertan wurden. Als Arbeiterstadt mit starkem wirtschaftlichem Fokus auf die Konsumgüterindustrie taten sich mit der Wiedervereinigung und den einbrechenden Absatzmärkten große Herausforderungen auf. Jeder der Suhler Betriebe habe ganz unterschiedliche Voraussetzungen gehabt, in die Transformationsprozesse zu gehen. Mit der Währungsunion schossen die Lohnkosten in die Höhe, Abnahmemärkte seien weggefallen und Restitutionsansprüche auf die Grundstücke bildeten ein großes Hindernis, führte auch Schulz an. Exemplarisch für diese Ereignisse sei der Umgang mit der FAJAS (Simson Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk). Während der Erhalt der Jagdwaffenproduktion durch die Mitbieter der Simson Erbengemeinschaft und die Erschließung neuer Absatzmärkte für das Produkt durchaus möglich gewesen sei, seien die Chancen für die viel gewichtigeren Fahrzeugwerke im Zuge der Transformation gering gewesen. Enormer Zeitdruck beim Bieterverfahren der Treuhand für beide Sparten führten laut Schulz in letzter Konsequenz zu einem Zuschlag, der sich als nicht optimal für die Region herausstellte. Damit wurde eine Gelegenheit verpasst, ein identitätsbildendes Produkt der Stadt, das Waffengewerbe, zu internationalisieren.

Der Stadtsoziologe und Leiter des Projektes Sozialraumwerkstatt Suhl Professor Frank Eckhardt führte 2013 Untersuchungen in der Nordstadt durch, die zum Ziel hatten mit den Bewohnern gemeinsam eine Zukunftsvision zu entwickeln. Inhaltlich ging es darum, mit den Bewohnern ihre Identifikation und Wahrnehmung der Stadt zu diskutieren. Das Ergebnis der Gespräche, erläuterte Eckhardt, sei stark geprägt gewesen durch eine Dichotomie zwischen Jung und Alt/ Produkt und Service. Während die Elterngeneration stark an der Identität der Stadt als Arbeiterstadt mit einem spezifischen Produkt festhielte, würden junge Leute erkennen, dass die Fokussierung auf diese alten Produkte keine Zukunft

mehr habe. Um eigene Visionen entwickeln zu können, so Eckhardt, benötigten sie einen Gesprächspartner und Anreize von außerhalb. Einen möglichen und gangbaren Weg sah Eckhardt in einer Öffnung der Stadt für externe und regional übergreifende Angebote und der Schaffung von Kommunikationsräumen.

Anke Geier bestätigte die Einschätzung von Eckhardt. Es sei nicht verwunderlich, dass der künstliche Industrialisierungsprozess der Stadt Suhl in den 70er-Jahren mit der deutschen Einheit langsam weggebrochen sei. Dies sei ein normaler Prozess von Transformation. Sie plädierte für einen stärkeren Fokus auf Tourismus und eine überregional auch kulturell vernetzten Umgang mit den Akteuren der Region, wie es beispielsweise im Bildungs- und Forschungskontext schon der Fall sei.

Die Angebote der Bundesstiftung Aufarbeitung 2020/21

Der stellvertretende Geschäftsführer und Leiter des Arbeitsbereichs Politische Bildung der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Robert Grünbaum, stellte eine Auswahl der Angebote der Bundesstiftung für die Jahre 2020 bis 2021 vor. Hauptaugenmerk wird in dieser Zeit auf der deutschen Einheit und den folgenden Transformationsprozessen liegen. Grünbaum forderte eine breite gesellschaftliche Diskussion über diese Themen. Die Bundesstiftung Aufarbeitung wolle zu einer kritischen Reflexion und weiteren Historisierung des Einigungsprozesses beitragen. Historischen Legendenbildungen solle entgegen gewirkt werden, so Grünbaum. Um diese Ziele zu erreichen, habe die Bundesstiftung Aufarbeitung unterschiedliche Angebote und Instrumente entwickelt.

Es sollen verstärkt Projekte gefördert werden, die sich mit dem Einigungs- und Transformationsprozess befassen. Vom Deutschen Bundestag wurden zudem Mittel für ein Sonderförderprogramm bereitgestellt, mit dem Veranstaltungen zu „30 Jahre deutsche Einheit“ unterstützt werden können. Auch in den kommenden Jahren wird die Bundesstiftung Aufarbeitung zahlreiche Veranstaltungen durchführen, beispielsweise die Veranstaltungsreihe „Zukunftswerkstatt Einheit“, die in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft und dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragten realisiert wird. Von den jungen Mitarbeiter/-innen der Bundesstiftung Aufarbeitung wird zudem eine partizipative Veranstaltung zur „Generation Einheit“ organisiert. Auf der Themenseite #RevolutionTransformation (<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/revolution-transformation>) sind alle Angebote zum Themenschwerpunkt aufgeführt.

Auch die schulische Bildungsarbeit legt einen Schwerpunkt auf die Themengebiete Einheit und Transformation. Im September wird die bundesweite Lehrerkonferenz „Eine Generation wiedervereinigt!? Deutsch-Deutsche Geschichte unterrichten“ in Hamburg stattfinden. Im Zeitzeugenportal der Bundesstiftung Aufarbeitung (<https://www.zeitzeugenbuero.de/>) können Zeitzeugen zu verschiedenen Themengebieten recherchiert und kontaktiert werden. Der in Kooperation mit dem Ostbeauftragten durchgeführte Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit“ (www.umbruchszeiten.de) möchte das Interesse von Jugendlichen an der Transformationszeit wecken und den Dialog zwischen den Generationen anregen.

Grünbaum erwähnte zudem zahlreiche Web-Projekte der Bundesstiftung Aufarbeitung. Neu entstehen wird in den nächsten zwei Jahren die Internet-Dokumentation „Erinnerung und Aufarbeitung“. Diese soll die Debatten um die Aufarbeitung der SED-Diktatur am Runden Tisch, in der Volkskammer und im Bundestag zwischen 1990 und 1992 abbilden.

Neben all diesen Angeboten ist die Bundesstiftung Aufarbeitung auch für ihre Plakatausstellungen bekannt, die gegen geringe Schutzgebühren erworben werden können. In den Themenschwerpunkt fügen sich zwei Ausstellungen ein: „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit“, die bereits erworben werden kann und „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“, die am 18. März 2020 Premiere

feiert. Letztere Ausstellung wurde vom Projektmanager Dr. Georg Gremse vorgestellt. Zur Ausstellung können Ergänzungstafeln erstellt werden, die die Sicht von Regionen sichtbar machen sollen. Die hundert schönsten Plakate werden dann in Halle bei der Abschlussveranstaltung ausgestellt. Alle Informationen zur Ausstellung finden Sie unter: <https://www.umbruch-ost.de/>.

Podiumsgespräch: Migrantische Perspektiven auf die deutsche Einheit

Das Podiumsgespräch widmete sich einem oftmals vernachlässigten Blickwinkel auf die deutsche Einheit: den migrantischen Perspektiven. Wer wurde wiedervereignet und wer wurde dabei eventuell auch ausgeschlossen? Diese und ähnliche Fragen besprachen Walter Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland; Levi Salomon, Sprecher des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus und Ebru Taşdemir, Journalistin und Autorin. Moderiert wurde das Gespräch von Tamina Kutscher, die Chefredakteurin bei dekoder.org ist.

Kutscher eröffnete das Gespräch mit der Frage, welche Erinnerungen die Podiumsteilnehmer an den 9.11.1989 bzw. an das „Wendejahr“ hätten. Die aus Bayern stammende Moderatorin bezeichnete ihre eigene Erinnerung an den 9. November und als eine „biodeutsche“ Erinnerung. Taşdemir stellte zunächst klar, dass sie eigentlich keine richtige migrantische Perspektive einnehme. Ihre Eltern seien als Gastarbeiter aus der Türkei nach West-Berlin gekommen. Taşdemir selbst wurde in Berlin geboren. Die Mauer sei für sie unter anderem präsent gewesen, weil sich die DDR auf der Transitstrecke in die Türkei befand. Der Mauerfall hätte bei ihren Eltern zunächst Freudenstimmung ausgelöst. Doch diese wurde rasch von Arbeitslosigkeit im Umfeld und rassistischen Ausbrüchen überschattet. Vor dem Mauerfall „haben meine Eltern Rassismus nicht so sehr betitelt. [...] Plötzlich war es Thema“, so Taşdemir. Sie beschrieb weiter: „Mölln und Solingen war ein absoluter Bruch mit dem, ich will nicht sagen Heimatgefühl, aber mit dem Heimlichkeitsgefühl, das man hatte.“ Ihre Eltern seien 1996 zurück in die Türkei gezogen, das Gefühl nicht willkommen zu sein, sei zu stark gewesen. Taşdemir betonte, dass sie gern anders denken möchte, bei ihr aber auch eine Angst da sei. Ihre Kinder würden sich geschützt fühlen. Sie habe Angst, dass dieses Sicherheitsgefühl breche.

Walter Gauks erlebte das Jahr 1989 als Russlanddeutscher in Kasachstan. Er erklärte auf dem Podium, dass 1989 auch für die Russlanddeutschen ein Beginn des Umbruchs gewesen sei. Die Russlanddeutschen hätten sich schon immer als Deutsche gefühlt, über ihr Schicksal wurde in der Sowjetunion aber nur wenig gesprochen. „Wir wollten alle nach Deutschland nach 1989 [...] in die Heimat zurückkehren“, so Gauks. 1996 konnte er schließlich nach Deutschland einreisen. Gauks berichtete, dass sie sich Deutschland „als Schlaraffenland“ ausgemalt hätten. In der Daueraufnahmeeinrichtung in Bernburg (Sachsen-Anhalt) erlebte er aber auch rassistische Anfeindungen. „Ich war 15 Jahre. Ich musste sofort erwachsen werden.“, erläuterte Gauks. In der Schule seien sie herzlich aufgenommen worden. Die gemeinsame Ostgeschichte habe sie zusammengebracht. Gauks zog mit seiner Familie nach Niedersachsen. Zusammenfassend betonte er, dass er sich hätte durchbeißen müssen.

Levi Salomon wurde in Baku geboren und kam 1991 aus Moskau nach Deutschland. Er unterstrich, dass sie damals – anders als die DDR-Bürger – schon drei Jahre Perestroika erlebt hätten und sich somit langsam an die Öffnung gewöhnen konnten. Von Moskau aus hätten sie die Geschehnisse in Deutschland beobachtet und sich gefreut. Besonders darüber, dass die letzte, demokratisch gewählte Regierung der DDR bzw. später das wiedervereinigte Deutschland, sowjetische Jüdinnen und Juden aufnahm und eine einfache Einreise ermöglichte. Salomon betonte, dass Juden seit 1700 Jahren in Deutschland lebten, aber oftmals als Fremde gekennzeichnet würden. Auf Kutschers Frage hin, ob Deutschland für ihn auch Heimat sei, erwiderte Salomon: „Ich bin ein Weltbürger. Die ganze Welt ist meine Heimat. Ich bin ein Europäer. Europa ist meine Heimat“. Salomon rief dazu auf, sich mit der starken Rechten zu

beschäftigen. Von Demokratie zu Diktatur sei es nur ein schmaler Grat. Die ganze Zivilgesellschaft sei zum Handeln aufgerufen, betonte Salomon.

Markus Meckel, der Vorsitzende des Stiftungsrats der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, äußerte den Hinweis, dass der Name der Bundesstiftung problematisch sei, da er sich nur auf die Kommunismus-Erfahrungen von DDR-Bürgern beziehe. In Deutschland lebten aber zahlreiche Menschen mit Kommunismus-Erfahrungen, die diese in der Sowjetunion gemacht hätten. Auch diese Dimension sollte in die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung integriert werden. Weiterführend ergänzte Meckel Salomons Aussage und berichtete von seinen Erinnerungen, wie die DDR-Regierung (Meckel war nach den ersten freien Wahlen 1990 Außenminister der DDR) die Einladung an sowjetischen Judenausgesprochen hatten.

Walter Gauks wurde aus dem Publikum gefragt, ob die Russlanddeutschen eine „stille Reserve für Rechtsradikale“ in Deutschland seien. Er bestätigte dies nicht und wies darauf hin, dass es keine verlässlichen Studien gäbe, die zeigen würden, dass Russlanddeutsche in großer Anzahl die AfD wählen würden. Das Thema beschäftige sie aber schon länger. Russlanddeutsche hätten ihr Deutschsein lange Zeit vor allem als kulturelle Identität verstanden. Mit dem nationalen Deutschsein seien sie erst in Deutschland konfrontiert worden. Gauks betonte, dass es wichtig sei, mit Russlanddeutschen über ihre Geschichte und Diktaturerfahrung zu reden. Viele Russlanddeutsche würden gar nicht wählen gehen. Salomon ergänzte, dass Russlanddeutsche in Deutschland oft ausgegrenzt und ihre Sorgen nicht gehört würden. Leidvolle Erfahrungen seien keine Entschuldigung für rechte Tendenzen. Es sei aber extrem wichtig, mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen, forderte Salomon.

Auf die Frage hin, was die Sicht der unterschiedlichen migrantischen Gruppen aufeinander sei, nannte Salomon Gemeinsamkeiten, zeigte aber auch Unterschiede zwischen Rassismus und Antisemitismus auf. Er schlussfolgerte, dass jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit schlimm sei, man aber gegen unterschiedliche Phänomene auch unterschiedlich vorgehen müsse. Taşdemir pflichtete ihm bei und unterstrich ebenfalls, dass eine Differenzierung des Oberbegriffes „Rassismus“ nötig sei. Sie forderte, den Blick in Schulen zu schärfen, um Diskriminierung besser zu erkennen.

Parallele Projektpräsentationen und der „Markt der Möglichkeiten“

Im Anschluss fand die Vorstellung von über 50 Projekten in parallel stattfindenden Präsentationen statt. Diese boten die Möglichkeit, eine Vielzahl von aktuellen Vorhaben kennen zu lernen. Die Panels trugen beispielsweise die Titel „Friedliche Revolution und deutsche Einheit“, „Geschichtsvermittlung an Jugendliche“ und „Geschichte ausstellen“. In ihnen wurden Ausstellungen, Online-Angebote, Veranstaltungsformate, Bildungsprojekte und vieles mehr von ganz unterschiedlichen Institutionen sowie Einzelpersonen vorgestellt. Zudem wurde der Workshop „Wir müssen reden! Müssen wir?“ von den politiksprechern veranstaltet, in dem über den Umgang mit Extremismus diskutiert werden konnte.

Filmvorführung und Gespräch: Fritzi – eine Wendewundergeschichte

Zum Ausklang des Tages wurde der Animationsfilm „Fritzi – eine Wendewundergeschichte“ gezeigt. Dieser schildert die Ereignisse in Leipzig rund um die Friedliche Revolution im Herbst 1989 aus dem Blickwinkel der 12-jährigen Fritzi. Im Anschluss an den Film fand ein Austausch mit Regisseur Ralf Kukula statt. Das Feedback der Zuschauer war durchweg positiv und geprägt von Glückwünschen zu der gelungenen Umsetzung und einer guten Ausgewogenheit zwischen Detailtreue und künstlerischer Freiheit.

Vortrag: Entschuldigung, kennen wir uns? Identität(en) in Ost und West.

Mit einigen Schlaglichtern auf die Konstruktion von kollektiver Identität führte Professor Jörg Ganzenmüller von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Ettersberg in die Schlussdiskussion ein. In seinem Vortrag ging Ganzenmüller der Frage nach, woher die Vorstellung einer kollektiven ostdeutschen Identität komme und wie diese beschaffen sei.

Kollektive Identitäten seien wirkmächtige soziale Konstrukte, die sich aus individuellen Identitäten zusammensetzen und die durch Kommunikationsprozesse und Identitätspolitik erzeugt und befördert würden. Kollektive Identitäten entstünden in der Auseinandersetzung mit Alterität zu einem zumeist vorgestellten „Anderen“. Die Konstruktion der ostdeutschen Identität müsse als zweidimensional beschrieben werden, so Ganzenmüller. So belegten Studien, dass nur ca. 30 % der Menschen in Ostdeutschland sich als persönlich benachteiligt wahrnahmen, wohingegen aber rund doppelt so viele befragte Personen die Ostdeutschen insgesamt für benachteiligt hielten. „Die Konstruktion des Ostdeutschen findet somit im Modus einer kollektiven Unterprivilegierung statt [...] und steht ganz offenbar in einem engen Zusammenhang mit den Transformationserfahrungen und mit den Begegnungen der Westdeutschen im Zuge der Deutschen Einheit.“ Auf der anderen Seite entwickle sie sich aber auch in Abgrenzung zur den DDR-Erfahrungen und einem anderen, früheren Wir. Die Ostdeutsche Identität, so Ganzenmüller, müsse demnach auch als „die Integration von ganz ambivalenten DDR Erfahrungen“ verstanden werden.

Im Gegensatz dazu seien in den alten Bundesländern regionale Identitäten stärker ausgebildet als eine klare westdeutsche Identität. Eine Vorstellung von Ostdeutschland als Alterität beziehe sich stärker auf das politische System als auf die Gesellschaft. Die Konstruktion der westdeutschen Identität sei zunächst gekennzeichnet von einer Abgrenzung zum politischen System der DDR. Dem zugrunde liege das Bild von Westdeutschland als freiheitlich-demokratischem System im Gegensatz zum Unrechtsregime der SED. Eine gesellschaftliche Alterität sei mit Öffnung der Mauer 1989/90 zunächst nicht vorhanden gewesen. Mit der deutschen Einheit sei für viele Westdeutsche sprichwörtlich zusammengewachsen, was zusammengehörte. Entsprechend erkläre sich auch die Erwartungshaltung an den Osten, schnell aufzuholen, betonte Ganzenmüller. In den 1990er-Jahren habe sich der der Blick des Westens auf den Osten dann verschoben. „Eine kollektive Identität der Westdeutschen konstruiert sich seit der 1990-Jahre in wesentlichen Teilen in Abgrenzung zum Nationalsozialismus“. Der Rechtsextremismus werde dabei als ostdeutsches Phänomen wahrgenommen. Ganzenmüller betonte die Gefahr, durch diese Identitätszuschreibung den Ostdeutschen als einen grundsätzlich „Anderen“ zu konstruieren. „Ein Problem entsteht nur, wenn eine ostdeutsche Identität als Gegensatz zu einer freiheitlich demokratischen Identität konstruiert wird, sei es als Selbstbeschreibung oder von außen“.

Zusammenfassend unterstrich Ganzenmüller, dass in Deutschland viele regionale Identitäten existierten, eine davon sei die ostdeutsche. Dagegen gebe es aber schon eine ostdeutsche Gesellschaft. Diese wiederum sei geprägt durch die Verschiedenheit von Erfahrungen und Codes gegenüber der westdeutschen Gesellschaft.

Gespräch: Entschuldigung, kennen wir uns? Identität(en) in Ost und West.

Im Anschluss an den Impulsvortrag diskutierten neben Professor Jörg Ganzenmüller der Ostbeauftragte der Bundesregierung Christian Hirte, der Autor von Zeit Online Christian Bangel, Markus Meckel,

Vorsitzender des Stiftungsrats der Bundesstiftung Aufarbeitung und die Soziologin Bianca Ely, 3. Generation Ost über die unterschiedlichen Identitäten in Ost und West. Moderiert wurde das Podiumsgespräch von Vera Wolfskämpf, Korrespondentin des ARD-Hauptstadtstudios für den MDR.

Eröffnet wurde das Podium mit der Frage, worin die Teilnehmer die Gründe für die verstärkte Auseinandersetzung mit jeweiligen Anderen sähen. Bianca Ely betonte, dass es für eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte immer auch etwas Abstand und Selbstvergewisserung benötige. Mit dem Austausch mit den Familien kämen hier auch die Erbschaften aus der Vergangenheit in den Blick. In der Auseinandersetzung sei auch der Wunsch nach einer Aufarbeitung bspw. der NS-Zeit und der Umgang damit im Osten stärker geworden. Markus Meckel sah die Gründe in der öffentlichen Wahrnehmung der Ostdeutschen als demokratiegefährdende Subjekte. Er vertrat die Auffassung, dass die ostdeutsche Gesellschaft doch mit der Friedlichen Revolution etwas Entscheidendes zur Demokratie beigetragen habe, worauf man eigentlich stolz sein könne. Dies gehe aber in den öffentlichen Erzählungen verloren. Christian Hirte wünschte sich mehr Verständnis vom Westen für die enorme Wandlung, die der Osten durchlaufen habe. Er betonte darüber hinaus, dass im gesamten Osten Deutschlands aber auch Europas teils ganz eigene kulturelle und politische Prägungen herrschten. „Man muss verstehen, dass unser ganzes Land ein Neues geworden ist, mit anderen kulturellen Prägungen.“

Auf die Frage, welche Elemente verbindend für die ostdeutsche Identität seien, bemerkte Christian Bangel, dass die Fremdzuschreibung der Westdeutschen nicht der einzige Schwerpunkt der Identitätsdebatten sein sollte. Die Erfahrung der Deprivation auf der einen Seite, aber auch der Gewalt in den 1990er-Jahren andererseits seien stark verbindende Erzählungen. „Wir müssen uns mit uns selbst auch austauschen über die Jahre der Anker- und Uferlosigkeit, die Orientierungs- und Haltlosigkeit bei den Erwachsenen.“ Zudem betonte er, „dass wir als Wendekinder [...] viel in den letzten 30 Jahren den Eltern zugehört haben.“ Die Erzählung und die Erfahrung der jüngeren Generation sei hier konsequent zu kurz gekommen und fände im Diskurs kaum statt. Und auch Bianca Ely unterstrich, dass ein stärkerer Austausch hierfür essentiell und die Toleranz gegenüber anderen Erfahrungen immens wichtig sei. „Wir müssen es schaffen, uns unsere eigenen Geschichten so zu erzählen, dass wir auch aushalten, unangenehme Dinge auszusprechen“. Markus Meckel ergänzte, dass es eine erhebliche Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen gebe, die sich rechte Parteien in ganz Europa zunutze machten. Die Achtung von Parteien sei erheblich gesunken. Bangel mahnte, dass der Hinweis auf eine schwierige gesellschaftliche Grundverfasstheit im Osten, hohe Abwanderung und starke Zuwächse am politischen rechten Rand nicht zum Schluss führen könne, dass „wir Ostdeutschen einfach nicht so demokratisch sind. Wir müssen da mit aller Schärfe hinschauen.“

Ganzenmüller griff Meckels Blick auf den Demokratiebeitrag der Friedlichen Revolution noch einmal auf und konstatierte: „Es ist zwar ganz sympathisch zu sagen, die ostdeutsche Identität sollte sich weniger auf die Benachteiligungserfahrungen in den 90er-Jahren ausrichten, sondern mehr auf den Stolz und die Friedliche Revolution und was man geschafft hat und darüber die Identität entwickeln.“ Aber die DDR-Erfahrung habe sich nicht ausgewachsen, sondern werde über die Familienerzählung fortgeführt. Identität werde von Familienerzählungen geprägt, daher ist sie nicht nur eine Konstruktion der eigenen Erfahrung nach der deutschen Einheit, sondern auch eine tradierte Erfahrung der Zeit davor. Eine Identitätspolitik von oben werde sich nicht verwirklichen lassen.

Eine Lösung für das Gefühl der Deprivation sah Meckel in der Stärkung der Sichtbarkeit des ostdeutschen Beitrags sowohl in der Demokratie, als auch in öffentlichen Ämtern und Strukturen. Er betonte,

nur so könne dem Misstrauen gegen staatliche Strukturen entgegengewirkt werden. Das Selbstverständnis der Ostdeutschen als demokratische Subjekte, die auch Verantwortung für sich selbst übernehmen können und müssen, müsse gefördert werden. Bangel verdeutlichte, dass die Kränkung der Ostdeutschen nicht der Mangel an Chancen gewesen sei, sondern vielmehr das wiederholte Erleben, dass der Wunsch, sich einzubringen zu können und zu wollen, zurückgewiesen wurde. Das westliche System bestehe aus wenig offenen Strukturen, die eine gleichberechtigte Beteiligung teils unmöglich gemacht haben.

Im Anschluss wurde das Podium für Fragen geöffnet. Hierbei fragten Teilnehmer der Geschichtsmesse, welche Rolle Institutionen und Stiftungen bei der rechten Radikalisierung der Gesellschaft spielten und was in den nächsten drei Jahren unternommen werden müsse, um korrigierend einzugreifen.

Meckel plädierte für eine differenzierte Betrachtung der Prägungen. „Wir müssen lange Linien ziehen und das Jahrhundert insgesamt in den Blick nehmen.“ Bianca Ely wünschte sich nicht so sehr dahin zu schauen, was verpasst wurde, sondern dorthin, was gerade jetzt passiert und zu fragen „wessen Narrativ wird gehört, wessen Geschichte erzählt“. Christian Hirte verwies auf die staatliche antifaschistische Erzählung der DDR, die eine persönliche Auseinandersetzung mit radikalem Gedankengut, wie sie in der Bundesrepublik stattfand, undenkbar gemacht habe. Hier müsse im Osten zunächst erst einmal am Problembewusstsein gearbeitet werden. Eine Lösung sah er im Ausbau von gesellschaftlichem Engagement und Bildungsangeboten. Bangel forderte eindrücklich: „Wir müssen aufräumen mit dem Mythos vom ‚richtigen Land‘. Der Westen ist nicht das aufgeklärtere Land, das sich von rechten Tendenzen und der Zeit des Nationalsozialismus komplett losgesagt hat.“ Das rechte Gedankengut habe es im Westen genauso gegeben. Als konstruktiven Schritt für die nahe Zukunft regte er an, die Landesverfassungen „AfD-sicher“ zu machen, damit die Institutionen nicht ausgehebelt werden können. Einen weiteren Handlungspunkt sei die Organisation von Zuwanderung in den Osten, insbesondere auch aus dem Westen Deutschlands. Die Entleerung des Ostens habe auch politische Folgen.

Aus dem Publikum wurde die Frage an die Podiumsteilnehmer gerichtet, wie Identitäten für die Zukunft geformt werden könne. Bangel regte an, dass der Osten nicht eine homogene Gruppe, sondern vielmehr als ein Ereignisraum zu verstehen sei. Er glaube nicht mehr an die große globale Ansprache, um die Kränkung der frustrierten Zufriedenen zu überbrücken, denn das sei inzwischen auch eine Mechanik, womit Aufmerksamkeit entstehe. Es helfe vielleicht aber einfach, in der Diskussion, Rückfragen zu stellen, um Selbstreflexion zu ermöglichen. Besonders wichtig sei zudem, ostdeutsche Themen auch auf eine gesamtdeutsche Agenda zu setzen und diese gleichberechtigt zu behandeln.

Christian Hirte verwies noch einmal auf die große Anzahl von Unternehmern, die den Osten in den 1950er und in den 1990er-Jahren gefehlt hätten. Der Gedanke, dass die Infrastruktur und Wirtschaft einfach so mit Geld hätte aufgebaut werden können sei völlig utopisch gewesen. „Es gab eine brutale Enttäuschung von Erwartungen“, so Hirte. Umso beeindruckender sei die ökonomische Entwicklung der letzten Jahre.

Abschließend wurde noch einmal eine Einordnung in die gesamteuropäische Perspektive gefordert. Hirte verwies darauf, dass es starke Ähnlichkeiten mit der Systemtransformation in Osteuropa gebe. Es bestehe eine logische Verbindung zwischen den Erfahrungen, die beispielsweise in Russland im Zuge der Transformation gemacht wurden mit den Erfahrungen der Ostdeutschen, die sich unter anderem in der Existenz einer starken Abwehrreaktion gegenüber Veränderung und einer Solidarisierung mit den vermeintlichen Verlierern äußere. Ganzenmüller führte an, dass der Blick auf Osteuropa wichtig

sei, da er die Möglichkeit biete, die Nabelschau zu beenden. So sei bspw. die Debatte zum Elitenaustausch in Osteuropa eine wesentlich andere. Dort gäbe es fast überall eine sehr starke Elitenkontinuität, die aber ganz eigene Herausforderungen mit sich bringe.

Schlusswort

Die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung Dr. Anna Kaminsky beendete die Geschichtsmesse mit einigen abschließenden Worten. Sie betonte, dass die Geschichtsmesse einmal wieder aufgezeigt habe, wie wichtig es sei, die langen Linien der Geschichte zu betrachten. Die prägende Geschichte der Transformationszeit beginne eben nicht erst am 3. Oktober 1990, sondern die DDR-Geschichte, die NS-Zeit und die Folgewirkungen müssten miteinbezogen werden. Kaminsky versicherte, dass die Themen, die auf der Geschichtsmesse zu kurz gekommen seien – wie die Wirtschaft oder der europäische Zusammenhang – als Anregungen für das kommende Jahr mitgenommen werden würden. Ihr persönlich sei es besonders wichtig, dass die Befindlichkeiten von mehreren Generationen Ost- und Westdeutscher nicht aus dem Blick gerieten, denn das Gefühl abgehängt zu sein, dürfe sich nicht verstärken. Geschichte müsse lebendig gemacht werden – insbesondere für die Generationen, die die deutsche Einheit nicht miterlebt haben.

Die nächste Geschichtsmesse wird vom 21.–23.1.2021 in Suhl stattfinden.